

Protokoll
der öffentlichen Sitzung (Nr. 34/19-23) des Beirates Neustadt
am Donnerstag, den 17.02.2022,
als ZOOM-Videokonferenz von 19:00 bis 21:55 Uhr

Anwesend:

Merle Andersen	Ingo Mose	Wolfgang Schnecking
Ulrike Heuer	Janne Müller	Ramona Seeger
Anke Maurer	Jens Oppermann	Sascha Uecker
Bithja Menzel	Johannes Osterkamp (ab 20:00 Uhr)	Renee Wagner (ab 19:15 Uhr)
Robert Mero	Britta Schmidt	Annette Yildirim

Fehlend: Tugba Böhrnsen, Wolfgang Meyer

Gäste: L. Gomes Martinho (ARCHITEKTUR+STADTPLANUNG), D. Kind (ARGUS), M. Kläser (Horeis+Blatt), J. Paarmann (Plankontor), C. Schilling (Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau/SKUMS) alle zu TOP 3)
Vertreter:innen der Polizei, der Presse und interessierte Bürger:innen

Vorsitz: Annemarie Czichon

Protokoll: Mathias Reimann (beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen)

TOP 1. Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird genehmigt (einstimmig)

TOP 2. Aktuelle Stadtteilangelegenheiten einschließlich

- **Bürger:innenanträge, Fragen und Wünsche in Stadtteilangelegenheiten**

Ein Bürger erfragt den Sachstand zu seinem Antrag zur Umgestaltung der Lahnstraße anlässlich der derzeitigen Bauarbeiten.

Hierzu wird ihm mitgeteilt, dass einige Maßnahmen zwar beschlossen, aber noch nicht umgesetzt seien (u.a. Markierungen, Aufstellen von Fahrradbügeln), die weitergehenden Aspekte seines Antrages würden sobald wie möglich befasst werden.

- **Berichte der Beiratssprecher**

Den vorherigen Punkt aufgreifend bittet der Beiratssprecher um Verständnis dafür, dass einige Vorgänge derzeit länger in der Beratung sind. Dies sei leider auch auf die weiterhin angespannte Personalsituation im Ortsamt zurückzuführen, die durch den Weggang des Abwesenheitsvertreters zum April noch verschärft werde.

Inzwischen werde die Wahl der künftigen Ortsamtsleitung für die Zeit ab dem 01.08.22 vorbereitet, die in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Beirat Woltmershausen am 24.05. stattfinden werde.

Am 10.02. fand ein gemeinsamer Termin der Beiratssprecher:innen und Ortsamtsleitungen im Bremer Süden statt. Themen waren u.a. das Klinikum Links der Weser, die Personalsituation der Polizei und die Zukunft der Recyclinghöfe. Man habe sich darauf verständigt, zu diesen Themen möglichst gemeinsam aufzutreten.

Abschließend berichtet er über erfolgreiche und dringend notwendige Reinigungsarbeiten am Neustadtsbahnhof, der überdies in Kürze endlich barrierefrei umgebaut werden solle (vgl. hierzu [Protokoll der Sitzung vom 14.03.2017](#)).

Der stellvertretende Beiratssprecher berichtet von der [Beirätekonferenz](#) am 14.02.2022.

- **Berichte des Amtes**

Das Ortsamt wird in der nächsten Zeit durch einen „Springer“ in der kommunalen Sachbearbeitung unterstützt. Außerdem werden einige Sitzungen ohne Beteiligung des Ortsamtes stattfinden müssen.

Die Termine zum „Runden Tisch“ zur [Stadtstrecke](#) stehen fest ([Weitere Informationen hier abrufbar](#)).

Hinweis auf die [digitale Sprechstunde des Bürgermeisters](#) für Bürger:innen aus dem Bereich Links der Weser am 25.02.22, in der Zeit von 9:30 bis 11:30 Uhr.

Im Buntentorsteinweg müssen die in Pflanzkübeln stehenden Bäume wegen Leitungsarbeiten entfernt werden. Eine [Anwohner:innen-Information ist hier abrufbar](#).

TOP 3. Stn. zum „Kornquartier“ ([Bebauungsplan 2529](#) mit [27. Flächennutzungsplan-Änderung](#))

Die Vorsitzende skizziert die Beteiligungsschritte, die es zum „Kornquartier“ bereits gegeben hat. Das Vorhaben wurde erstmals am [08.05.19 öffentlich im Beirat](#) vorgestellt. Im Anschluss gab es ein [öffentliches Wettbewerbsverfahren](#) und schließlich eine [Einwohner:innenversammlung am 03.11.20](#).

In der [Sitzung der Deputation für „Mobilität, Bau und Stadtentwicklung“ am 12.01.21](#) hat der Beiratssprecher die Position des Beirates erläutern können. Es folgten weitere öffentliche Befassungen und Beiratsbeschlüsse am [18.03.21](#) und [16.09.21](#).

Der Sprecher des Ausschusses „Sozialökologische Stadtentwicklung“ stellt einen [Beschlussvorschlag von SPD und GRÜNE](#) vor. Er betont, dass der Beirat bereits im laufenden Prozess einiges erreichen und u.a. zu einer Reduzierung der geplanten Gebäudehöhen beitragen konnte.

Die Sprecherin des Ausschusses „Umwelt, Bau, Mobilität“ ergänzt, dass insbesondere zwei Themen dem Beirat weiter Kopfzerbrechen bereiten: Die Anbindung der angrenzenden Grünflächen und das Mobilitätskonzept. Hier herrsche weiter Skepsis, ob dieses die Mehrverkehre aufnehmen könne.

Die Planer:innen erläutern dazu kurz die – im Vergleich zur [Vorstellung am 16.09.21](#) – vorgenommenen Änderungen. Die Verbindung in die angrenzende Grünanlage sei, u.a. aufgrund von Bedenken des Sportamtes, an den südöstlichen Rand des Plangebietes verschoben worden. Weiter sei auch das Erschließungskonzept überarbeitet worden (dazu Schaubild, s. [Bebauungsplan Begründung Seite 23](#))

Der Vertreter von SKUMS ergänzt, dass die Geschosshöhe des „Mobilitätshauses 2“ auf der Seite zur Nachbarbebauung um ein Stockwerk reduziert wurde.

Der Beiratssprecher äußert sein Bedauern darüber, dass die Grünanlage weiterhin durch einen „ausgebauten Weg“ angebunden werden soll. Er spricht sich für die Schaffung von mehreren, kleineren und geschlungenen Wegen aus, die sich zwischen dem Baumbestand hindurchführen ließen. Als Positivbeispiel nennt er die Wege durch das „Stadtwerder-Wäldchen“.

Eine Vertreterin der Bürger:innen-Initiative (BI) „Kein Urbanes Gebiet in Huckelriede“ führt die weiterhin bestehenden Bedenken der BI aus (u.a. Spielflächen Dächern und zu hohe Gebäude). Dabei betont sie, dass sie sich zwar nicht grundsätzlich gegen die Bebauung dort ausspreche, aber doch in Zweifel ziehe, ob die Örtlichkeit – insbesondere auch verkehrlich – auf den hohen Zuzug vorbereitet sei. Sie regt die Schaffung von Querungshilfen über die Kornstraße an und formuliert die klare Forderung, dass die Mobilitätshäuser zu unterirdischen Tiefgaragen umgeplant werden sollten.

Der Vertreter von SKUMS erläutert, dass dies im Planverfahren geprüft, schlussendlich aber verworfen worden sei. Als Gründe nennt er u.a. Probleme mit der Entwässerung, der Bepflanzung und der möglichen Nachnutzung der Gebäude, wenn diese nicht mehr als Parkfläche benötigt werden.

Die Fraktion DIE LINKE bringt einen Ergänzungsantrag ein, der nach kurzer Diskussion leicht abgeändert und schließlich angenommen wird. (8 Ja-. 5 Nein-Stimmen)

Anschließend wird sich darauf verständigt weitere Ergänzungen (u.a. zur Anbindung der Grünanlage) nicht erneut aufzunehmen, da diese im Beschluss vom 16.09.21 bereits enthalten sind.

Beschluss: Der Beirat Neustadt verweist auf seinen [Beschluss vom 16. September 2021](#) und betont, dass den dort formulierten Anregungen und Bedenken des Beirats Neustadt noch nicht ausreichend Rechnung getragen wurde.

Insbesondere weist der Beirat Neustadt zum wiederholten Male darauf hin, dass ein Verkehrskonzept unter Beteiligung des Beirats Neustadt zu entwickeln ist. Der Beirat Neustadt hat Bedenken zur Dimensionierung des Bauvorhabens insbesondere in Hinblick auf die zu erwartenden zusätzlichen Verkehrsbelastungen der Kornstraße und die harmonische Einbindung in den Ortsteil.

Auch im Kornquartier selber sind Fragen der Mobilität noch nicht ausreichend dargestellt, etwa mit Blick auf die Qualität der Abstellmöglichkeiten. Darüber hinaus sollen – wie bereits gefordert – Spielflächen für Kinder alternativ zu einer zentralen Spielfläche und Spielflächen auf Dächern dezentral über das gesamte Quartier verteilt werden. Zudem soll auf ausreichend Grünflächen geachtet werden. Auch die Wegebeziehung zu den umliegenden Grünanlagen ist bisher unzureichend dargestellt.

Der Beirat fordert weiterhin ein breites Angebot an bezahlbarem Wohnraum; d.h. neben dem geförderten Wohnraum auch Wohnungen zu preisgedämpften Mieten, zwischen 6,50 € (sozial geförderter Miete) und 11,75 € (Angebotsmiete). Wenn der Vorhabenträger auch mit dem B-Plan nicht dazu verpflichtet werden kann, so ist mit ihm doch im Rahmen des Städtebaulichen Vertrages darüber zu verhandeln.

Der Beirat fordert weiterhin die Schaffung von attraktiven Räumen, die von Kulturschaffenden kostengünstig genutzt werden können.

Des Weiteren sollte wenigstens eine partielle Regenwassernutzung und/oder Verdunstung vorgeschrieben werden. (11 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen)

TOP 4. Stellungnahme zur Zukunft des Klinikum Links der Weser (nach [Vorbereitung am 25.01.](#))

Die Sprecherin des Ausschusses „Soziales, Bildung, Jugend“ stellt den [Beschlussvorschlag](#) kurz vor, der das Ergebnis eines längeren interfraktionellen Abstimmungsprozesses darstellt.

Ein Beiratsmitglied der CDU kritisiert den Antrag und fordert dessen grundsätzliche Überarbeitung.

Mehrere Beiratsmitglieder erwidern, dass diese grundlegende Kritik viel früher hätte angebracht werden können bzw. sollen und bitten den Beiratskollegen, sich künftig früher in den beiratsinternen Abstimmungen einzubringen. Außerdem wird mehrfach auf das bereits laufende Verfahren zum „Runden Tisch“ und das Ziel einer gemeinsamen Linie mit den anderen Beiräten „Links der Weser“ hingewiesen.

Nach ausführlicher Diskussion wird schließlich zur Geschäftsordnung der „Schluss der Redeliste“ beantragt. Dieser Antrag wird angenommen (6 Ja-, 3 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen).

Der Vertreter der CDU beantragt die Vertagung der Beschlussfassung in die nächste Beiratssitzung. Dieser Antrag wird abgelehnt (3 Ja-, 8 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen) und sodann über den vorliegenden Antrag abgestimmt.

Beschluss:

Der Beirat Neustadt fordert die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz auf,

- 1. die essentielle Bedeutung des Klinikums Links der Weser (LDW) für die medizinische Versorgung insbesondere im Bremer Süden und im Bremer Umland sowie der hervorragenden medizinischen Leistungen anzuerkennen,**
- 2. das LDW in seinem jetzigen Bestand zu erhalten (Bestandszusicherung) und mittels einer Machbarkeitsstudie zu prüfen, ob über eine zusätzliche Variante in Form einer Baukörperertüchtigung – nach dem Herforder Modell – eine Sanierung als auch Ausbau im Bestand realisierbar ist. In diesem Zusammenhang begrüßt der Beirat Neustadt die Bereitschaft der Senatorin, die Sanierung des Bettenhauses erneut zu prüfen und bittet um Vorlage eines Sanierungsplans,**
- 3. gemeinsam mit dem Senator für Finanzen ein Zukunftskonzept für das LDW unter Einbindung des Personals und der Personalvertretung im Rahmen des Runden Tisches zur Zukunft des LDW zu entwickeln, das neben der Bestandszusicherung die Bereitstellung von Haushaltsmitteln (alternativ anderweitige Finanzierung prüfen) und Durchführung von Investitionsmaßnahmen wie den zwingend erforderlichen Neubau des Bettenhauses, Personalakquise, Attraktivierung der Arbeitsbedingungen, familien- und lebensphasengerechte Personalpolitik (Stichwort „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“) beinhaltet,**
- 4. den Beirat Neustadt an dem Runden Tisch zur Zukunft des LDW zu beteiligen,**
- 5. ein Moratorium für die geplanten Verlagerungen Neonatologie, Frauenklinik, Geburtshilfe einzuräumen,**
- 6. die Prüfung eines ambulanten Geburtshauses am LDW vorzunehmen und die Ergebnisse beim Runden Tisch zur Zukunft des LDW zu erörtern,**
- 7. die Unfallchirurgie sowie die die Fachabteilung Palliativmedizin am LDW zu erhalten,**
- 8. keine Fachabteilungen wie die Allgemeine Chirurgie oder die Allgemeine Innere Medizin angesichts der hohen Bedarfe und zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung im Bremer Süden zu verlagern oder zu verkleinern,**
- 9. kein medizinisches Fachpersonal in die senatorische Behörde bzw. ins Gesundheitsamt zu verlagern,**

10. das LDW nicht zu privatisieren oder zu veräußern. Das LDW muss eine kommunale Klinik bleiben. Der Beirat Neustadt lehnt eine Lösung für das Klinikum LdW über ein PPP-Modell oder die Privatisierung des Klinikum LdW entschieden ab,

11. die finanzielle Beteiligung der niedersächsischen Seite einzufordern und zu verhandeln,

12. sich für die Abschaffung der Fallpauschalen sowie der Beitragsbemessungsgrenze einzusetzen und eine gemeinwohlorientierte Krankenhausfinanzierung zu fördern.

(10 Ja-, 3 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen)

Begründung: Das Klinikum Links der Weser (LDW) ist zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung im Bremer Süden und im Bremischen Umland unverzichtbar. Im Bremer Süden leben über 127.000 Menschen, das sind über 22 Prozent der bremischen Bevölkerung, in der Neustadt davon über 45.000. Außerdem zählen große Bereiche des niedersächsischen Umlands insbesondere die Landkreise Diepholz, Verden zum Versorgungsgebiet des LDW. Damit umfasst der Einzugsbereich des LDW über 180.000 Menschen. Da in der Vergangenheit gerade im südlichen Bremer Umland weitere Klinikstandorte geschlossen wurden, kann es durch die Schließung/ Verlegung von Stationen des LDW zu einer Mangelversorgung kommen.

Das LDW behandelt pro Jahr etwa 25.000 Patient:innen stationär und teilstationär und ist damit ein notwendiger, fest integrierter Bestandteil der örtlichen Gesundheitsversorgung. Das Rotes Kreuz Krankenhaus (RKK) allein kann diese Funktion des LDW nicht übernehmen. Als wohnortnahe Krankenhaus bietet das LDW einen niedrigschwelligen Zugang zu gesundheitlicher Versorgung und ist somit auch unter sozialen Gesichtspunkten unbedingt erhaltenswert. Insbesondere eine wohnortnahe, schnell zu erreichende Notaufnahme ist für junge wie ältere Bewohner:innen von erheblicher gesundheitlicher Bedeutung. Die örtliche Geburtshilfe ist gerade für die vielen jungen Familien in der Neustadt wichtig, eine wohnortnahe Palliativstation fördert die Integration in das Leben im Stadtteil.

Angesichts der hohen Geburtenzahlen und Bedarfe muss die Versorgung auch im Bremer Süden sichergestellt werden. Die Delme-Klinik Delmenhorst und auch das KBM sowie das Krankenhaus St. Joseph-Stift liegen für den Bremer Süden zu weit entfernt. Im Übrigen ist zu konstatieren, dass das KBM und das Krankenhaus St. Joseph-Stift relativ nah beieinanderliegen und fast identische bzw. stark überlappende Einzugsgebiete haben. Unter dem Aspekt der gleichwertigen, gesamtstädtischen Versorgung gesehen ist die Konzentration von medizinischen Fachabteilungen wie die Geburtshilfe an zwei benachbarten Standorten in Zentrumsnähe zu Lasten der linken Weserseite nicht sachgerecht und vor allem nicht bedarfsgerecht.

Bevor weitere Verlagerungen vom LDW an das KBM umgesetzt werden, wie bspw. die Geburtshilfe, Neonatologie oder die Gynäkologie, ist ein Moratorium sowie eine umfassende und transparente Prüfung und Analyse unbedingt erforderlich.

Es ist zu befürchten, dass, sollte es zu einer Schließung der Bereiche kommen, notwendige örtliche Einrichtungen zur Aufrechterhaltung einer ausreichenden Versorgung in der Neustadt fehlen. In diesem Zusammenhang fordert der Beirat Neustadt eine gemeinwohlorientierte Gesundheitspolitik, die die Gesundheit ihrer Bürger:innen vor den reinen Profit stellt und lehnt daher kostenfixierende Fallpauschalen und die das Solidarprinzip verletzende Beitragsbemessungsgrenze entschieden ab.

TOP 5. Nachwahlen von Beiratsvertretungen für die [Fluglärmkommission](#)

Michael Breidbach (SPD) und Paula Reinhardt (Grüne) werden zur Wahl vorgeschlagen.

Beschluss: Paula Reinhardt wird als Mitglied und Michael Breidbach als stellvertretendes Mitglied in die Fluglärmkommission gewählt. (einstimmig)

TOP 6. Genehmigung des Protokolls vom 20.01.2022 (Nr. 33/19-23)

Beschluss: Der Protokollentwurf wird genehmigt. (12 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen)

TOP 7. Verschiedenes ./.

Ingo Mose
Beiratssprecher

Annemarie Czichon
Sitzungsleitung

Mathias Reimann
Protokollführung